

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europaausschuss**

16. WP - 21. Sitzung

am Mittwoch, dem 5. Juli 2006, 9:30 Uhr,  
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Astrid Höfs (SPD)

Vorsitzende

Niclas Herbst (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Ingrid Franzen (SPD)

i. V. von Hans Müller

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. von Detlef Matthiessen

### **Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

### **Fehlende Abgeordnete**

Susanne Herold (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. a) Ostseeparlamentarierkonferenz vom 3. bis 5. September 2006 in Reykjavik - Stand der Vorbereitungen</b>	<b>6</b>
Berichterstatter: Martin Kayenburg, Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages	
<b>b) Bericht über die BSPC-Arbeitsgruppe „Eutrophierung“</b>	
Berichterstatter: Abg. Axel Bernstein	
<b>2. Föderalismusreform</b>	<b>8</b>
Berichterstatter: Martin Kayenburg, Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages	
<b>3. Ostseebericht der Landesregierung</b>	<b>11</b>
Drucksache 16/890	
Berichterstatter: Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa	
hierzu: Umdruck 16/937	
<b>4. „GRÜNBUCH - Die künftige Meerespolitik der EU: Eine europäische Vision für Ozeane und Meere“</b>	<b>13</b>
Umdruck 16/920	
Berichterstattung durch das Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa	
hierzu: Umdruck 16/982	
<b>5. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Besetzung des Regionalrates</b>	<b>15</b>
Berichterstattung durch das Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa	

- 6. „Schleswig-Holstein in Europa: Wir nutzen unsere Chancen“** **17**  
**Europapolitische Schwerpunkte der Landesregierung 2006**  
**- Europabericht 2006 -**
- Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/641
- (überwiesen am 24. März 2006 an den **Europaausschuss** und an alle übrigen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)
- 7. EU-Verfassung** **18**
- Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/716
- (überwiesen am 3. Mai 2006 zur abschließenden Beratung)
- 8. Schutz und Förderung der anerkannten nationalen Minderheiten** **19**
- Antrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 16/643 (neu)
- (überwiesen am 22. März 2006 an den **Europaausschuss** und den Bildungsausschuss)
- 9. Programme für Bildung und Jugend der Europäischen Union** **20**
- Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/712
- (überwiesen am 4. Mai 2006 an den **Europaausschuss**, den Bildungsausschuss und den Sozialausschuss)
- 10. Entwurf eines Gesetzes über die Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung (Parlamentsinformationsgesetz - PIG)** **21**
- Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und SPD  
Drucksache 16/657
- (überwiesen am 22. März 2006 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Europaausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/727, 16/730, 16/731, 16/735, 16/825, 16/828, 16/838, 16/986

**11. Bericht zum Verbraucherschutz** **22**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/770

(überwiesen am 31. Mai 2006 an den **Sozialausschuss**, den Wirtschaftsausschuss,  
den Europaausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden  
Beratung)

**12. Verschiedenes** **23**

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, eröffnet die Sitzung um 9:30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 a) der Tagesordnung:

**Ostseeparlamentarierkonferenz vom 3. bis 5. September 2006 in Reykjavik  
- Stand der Vorbereitungen**

Berichtersteller: Martin Kayenburg, Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

hierzu: Anlage 1 zu dieser Niederschrift

LP Kayenburg trägt den in Anlage 1 angehängten Bericht vor.

Abg. Fischer möchte wissen, wie sich die Schleswig-Holsteinischen Ansichten zum Thema Meerespolitik im Programm wieder fänden. – LP Kayenburg merkt an, das Programm sei in dieser Hinsicht recht dünn. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass er selbst nicht nach Reykjavik fahren werde, da die Reisettermine eine vollständige Teilnahme an der Tagung nicht erlaubten.

Auf eine Nachfrage von Abg. Dr. Klug führt LP Kayenburg aus, man sei übereingekommen, den Punkt Meerespolitik als Schwerpunkt auf der 16. Sitzung der BSPP zu diskutieren.

Punkt 1 b) der Tagesordnung:

**Bericht über die BSPC-Arbeitsgruppe „Eutrophierung“**

Berichterstatter: Abg. Axel Bernstein

Abg. Bernstein führt aus, dass die von der Arbeitsgruppe ausgearbeiteten Fragen an die Ostseeanrainerstaaten im Hinblick auf die Eutrophierung noch nicht ausgewertet werden konnten, weil die Beantwortung dieser Fragen noch nicht von allen Staaten vorliege. Der Schwerpunkt der Tätigkeit der Arbeitsgruppe liege jetzt auf Einträgen aus diffusen Quellen in die Ostsee. Die Arbeit konzentriere sich darauf, die diffusen Einträge, die nur zu einem Teil aus der Landwirtschaft stammten, zu reduzieren. Große Verschmutzungsquellen seien zu einem großen Teil abgestellt oder würden in naher Zukunft abgestellt werden.

Die Ostseeanrainerstaaten, die Mitglied der EU seien, verfügten alle über Programme, um die Einträge in die Ostsee zu verringern. Problematisch sei aber der südöstliche Teil der Ostsee, besonders Einträge über die Flüsse aus Russland und Weißrussland. Diese Staaten seien auch nicht über die Wasserrahmenrichtlinie eingebunden und verfügten nicht über Programme, um die Situation zu verbessern.

Abg. Bernstein sagt zu, dem Ausschuss die Beantwortung der Fragen durch die Teilnehmer zur Verfügung zu stellen, wenn diese vorlägen. Weiterhin kündigt er an, am 30. August 2006 über die am 14. und 15. August 2006 stattfindende Sitzung der Arbeitsgruppe zu berichten, bei der auch ein Zwischenbericht für die Ostseeparlamentarierkonferenz erstellt werden solle.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Föderalismusreform**

Berichterstatter: Martin Kayenburg, Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

LP Kayenburg führt zum Thema Föderalismusreform aus, Ziel des Landes sei gewesen, mehr Transparenz, eine Entflechtung von Verantwortlichkeiten sowie die Stärkung der Länderparlamente zu erreichen und die Gefahr von Gesetzesblockaden zu reduzieren. Insgesamt sei die Diskussion mit den Sachverständigen sehr viel konstruktiver verlaufen als die Darstellung in den Medien dies hätte vermuten lassen.

Am 26. Juni 2006 sei von den Präsidenten der Landesparlamente die so genannte Bremer Erklärung verabschiedet worden. Die Landesparlamente hätten wiederholt die Erwartung an die Bundespolitik formuliert, mit der Stärkung des Föderalismus ein deutliches Zeichen zu setzen. Eine Änderung der problematischen Bereiche der Politikverflechtung und des Blockadepotenzials könne auch zu mehr Bürgernähe führen.

LP Kayenburg betont, er habe der erarbeiteten Resolution aus voller Überzeugung zugestimmt. Die Reform habe große Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit des Landes. Bei den Ländern müsse die Bereitschaft eingefordert werden, sich von Einzelinteressen zu lösen. Nur so sei eine durchgreifende Neuordnung zu erreichen. Eine zweite Kommission solle im Herbst einberufen werden, die sich mit dem Thema Finanzverfassung beschäftigen werde. Allerdings sehe er nur geringe Chancen, eine Zustimmung aller Länder zu erreichen.

Kritisch bewertet LP Kayenburg die Einigung im Bereich der Hochschulpolitik und die Finanzierungsmöglichkeiten des Bundes. Seiner Ansicht nach wäre es ausreichend gewesen, die Eingangsvoraussetzungen und die Abschlussbedingungen für die Hochschulen festzulegen.

Die Entscheidung der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung, sich bei der Abstimmung im Bundesrat zu enthalten, bedauert LP Kayenburg. Eine große Koalition müsse aus seiner Sicht auch den Mut haben, eine große Koalition auf Bundesebene zu unterstützen. Zudem widerspreche die jetzige Beschlusslage einer Entscheidung aus der vergangenen Legislaturperiode.



Die wesentlichen Unterschiede zum ursprünglichen Entwurf bestünden darin, dass die Kooperationsmöglichkeiten zwischen Bund und Ländern im Hochschulbereich weiter gegeben seien, was allerdings die Gefahr einer Verflechtung berge. Ein wichtiger Aspekt sei, dass der Bund bei der Schulpolitik keine Kompetenzen erhalte.

In Fällen, die den Art. 72 Abs. 3 GG – die Abweichungskompetenz – betreffen, sei eine sechsmonatige Frist eingeführt worden. Erst nach Ablauf dieser Frist träten Bundesgesetze in Kraft. Damit solle gewährleistet werden, dass das Gesetz des Landes maßgeblich bleibe. Weitere Diskussionspunkte seien das Wirtschaftsrecht und Naturschutzrecht gewesen. Im Naturschutzrecht solle es so genannte abweichungsfeste Kerne geben, die durch Ländergesetzgebung nicht verändert werden könnten. Da noch keine Definition dieses Begriffs vorliege, könnten sich hier Probleme ergeben.

Zur Europafähigkeit merkt LP Kayenburg an, dass die Bundesregierung grundsätzlich die Position in Europa wahrnehme. Bei den Themen schulische Bildung und Kultur werde dieses Recht durch einen vom Bundesrat benannten Vertreter wahrgenommen. Nach der neuen Haftungsverteilung sei im Außenverhältnis die Bundesregierung haftbar, nach innen könnten jetzt aber auch die Länder zur Haftung herangezogen werden. In diesen Fällen werde ein Schlüssel verwendet, der für die Länder noch problematisch werden könne.

Er geht weiter auf die neuen Länderkompetenzen unter anderem im Beamtenrecht, Versammlungsrecht, Strafvollzugsrecht, Gaststättenrecht, Heimrecht und Presserecht ein, die als Chance begriffen werden müssten. Auch dürfe der Wettbewerb nicht gescheut werden. Die neuen Bundeskompetenzen lägen im Umweltrecht, im Naturschutz und in der Landschaftspflege, im Wasserhaushalt, im Waffen- und Sprengstoffrecht sowie in der Terrorismusbekämpfung. Zusätzlich erhielten die Länder im Bereich des Umwelt- und Bildungsrechtes ein sogenanntes Abweichungsrecht, durch das sie vom Bundesrecht abweichende Regelungen beschließen könnten. Dann sei das Landesrecht maßgeblich, der alte Grundsatz Bundesrecht bricht Landesrecht entfalle.

LP Kayenburg führt aus, dass sowohl vom Bund als auch von den Ländern mit der Neuregelung die Einhaltung der Haushaltsdisziplin eingefordert werde und beide auch – der Bund mit 65 % und die Bundesländer zu 35 % - haftbar seien.

Abg. Heinold weist auf die Probleme der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Details der Föderalismusreform hin. Sie habe wahrgenommen, dass es auch im Landtag kritische Stimmen zu einigen Punkten gegeben habe, und wirft die Frage auf, , ob es gelingen werde,

eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zu erreichen und damit auch eine neue Europafähigkeit zu schaffen, besonders im Hinblick auf die jetzt beschlossene Kleinteiligkeit.

Zur Frage, ob sich Schleswig-Holstein bei der Abstimmung enthalten solle, führt Abg. Fischer aus, er teile die Meinung des Ministerpräsidenten. Er befürworte außerdem eher einen Beteiligungs- als einen Wettbewerbsföderalismus und halte eine intensive Debatte zu den Finanzbeziehungen für notwendig. Die Konzentration auf drei Zuständigkeitsbereiche, wie es in der Reform vorgesehen sei, erfordere eine große Kooperation der Länder, um den Einfluss in Berlin nicht zu verlieren. Er schlägt vor, die Auswirkungen der Föderalismusreform auch mit dem Europaausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft zu besprechen. Zur Bremer Erklärung fragt Abg. Fischer, ob die vorhandene Kritik der fehlenden Berücksichtigung der Länderparlamente nicht mehr aufgekommen sei.

Zu den Äußerungen von Abg. Fischer betont LP Kayenburg, dass die Kritik, mit der Föderalismusreform werde ein Wettbewerbsföderalismus geschaffen, nach wie vor Bestand habe und stimmt ihm im Hinweis auf die Notwendigkeit von vertiefter Kooperation der Länder zu.

Abg. Franzen lobt den Mut des Ministerpräsidenten, als Bundesratspräsident dennoch die Schleswig-Holsteinischen Interessen nicht zu vernachlässigen. Sie schlägt vor, dem Landtag den Grundsatzbeschluss des Bundestags und des Bundesrats zur Verfügung zu stellen und auch eine Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes zur Rolle des Parlaments erarbeiten zu lassen. Sie äußert zudem ihren Unmut darüber, dass die Zuständigkeit des Strafvollzugs auf die Länder übergehe, was nicht zu erklären sei, besonders im Hinblick auf die Tatsache, dass die Strafprozessordnung Bundesgesetz bleibe.

LP Kayenburg unterstützt den Vorschlag von Abg. Franzen, den Wissenschaftlichen Dienst zu beauftragen.

Abg. Spoorendonk führt zu dem Altantrag aus, es sei auch um die Einigkeit der Landtage gegangen. Mit dem Antrag sollte ein Dialog mit der Landesregierung über die Konsequenzen erreicht werden, der jedoch nur zum Teil stattgefunden habe. Eine ursprünglich angestrebte Stärkung der Landtage sei nicht erreicht worden. Sie wirft die Frage auf, wie man mit den neu gewonnenen Kompetenzen umgehen wolle.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Ostseebericht der Landesregierung**

Drucksache 16/890

Berichterstatter: Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa

hierzu: Umdruck 16/884, 16/937

Zu Beginn dieses Tagesordnungspunkts stellt sich der neue Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa, Dr. Schmidt-Elsaesser, dem Ausschuss vor und informiert darüber, dass es durch Beschluss des Kabinetts eine Sonderstaatssekretärsrunde gebe, die sich vierteljährlich mit EU-bezogenen Themen beschäftige. Besonders wichtige Themen seien im Moment die Europäische Meerespolitik, die Entwicklung des Arbeitsrechts, eine sichere, wettbewerbsfähige und nachhaltige Energiepolitik für Europa und die Bewertung des gesetzlichen Rahmens in Verbraucherschutz und Daseinsvorsorge, die alle auch im Rahmen von Grünbüchern der Europäischen Kommission behandelt worden seien.

M Döring führt zum 10. Ostseebericht der Landesregierung aus, die Beratungen dazu sollten im Parlament möglichst gemeinsam mit dem Bericht des Präsidenten über die Ostseeparlamentarierkonferenz stattfinden. Schleswig-Holstein habe nach wie vor einen guten Ruf bei den Anrainern im Hinblick auf die Ostseepolitik. Die Bundesregierung räume Schleswig-Holstein hier einen gewissen Spielraum ein, obwohl es sich eigentlich um internationale Politik handele. Das sei als Zeichen des Vertrauens zu werten. Handlungsräume seien zum Beispiel die strategischen Allianzen mit Hamburg oder Skandinavien.

Eine kritische Region im Hinblick auf die Ostseekooperation sei Nordwest-Rußland. Gemeinsam mit Hamburg habe man deshalb in St. Petersburg das Hanseoffice eröffnet, um in dieser Region Präsenz zu zeigen. Die Gouverneure der einzelnen Regionen seien jedoch sehr stark von der Zentralregierung in Moskau abhängig. Es bestünden große Schwierigkeiten, Gesprächspartner zu finden, die konkrete Aussagen machen könnten. Eine Kooperation sei auch deshalb wichtig, weil zum Beispiel beim Gewässerschutz Bemühungen einzelner Anrainerstaaen durch fehlende Bemühungen anderer zu Nichte gemacht werden könnten. Das Thema Ostsee gewinne zunehmend an Bedeutung. Die Veranstaltungsreihe Ostsee-Lounge in Berlin erfahre großes Interesse. Große Bedeutung habe auch die Ostseeparlamentarierkonferenz im nächsten Jahr in Berlin. Ein Ziel der Landesregierung und der Ostseeanrainerstaaen bestehe darin, die Ostsee zu einem der sichersten Meere der Welt zu machen, was auch im Hinblick

auf das steigende Transportvolumen und den dadurch gestiegenen Schiffsverkehr von Bedeutung sei. Der Transport könne auf der Straße nicht geleistet werden, weshalb auch die Diskussion um die Notwendigkeit der Fehmarnbelt-Querung überflüssig sei. Man werde sowohl den Transport auf der Straße als auch über das Wasser brauchen. Der Verkehr habe für Schleswig-Holstein auch deshalb große Bedeutung, weil Entwicklung allgemein nur an Verkehrsachsen stattfinde.

Die schleswig-holsteinische Wirtschaft müsse darauf aufmerksam gemacht werden, welche Chancen sich auch für mittelständische Unternehmen im Ostseeraum ergäben. So gebe es zum Beispiel in den baltischen Staaten ein sehr großes Potenzial. Die Strukturförderung, die von Deutschland gezahlt werde, könne auch in Form von Aufträgen durch Unternehmen genutzt werden. Auch auf den Gebieten Kultur, Jugend und Wissensaustausch müsse es Kooperationen geben.

In der finnischen Ratspräsidentschaft sieht M Döring eine Chance, den Ostseeraum wieder stärker in den Fokus der EU-Politik zu rücken. Einen besonderen Schwerpunkt biete zukünftig vermutlich das Thema Logistik. Unter den zehn Punkten, die während der Deutschen Ratspräsidentschaft eine besondere Bedeutung erhalten sollten, befinde sich auch das Thema Mee-respolitik. Schleswig-Holstein werde in diesem Zusammenhang als Meinungsführer wahrgenommen, was sehr erfreulich sei.

Auf eine Nachfrage des Abg. Fischer sagt M Döring dem Ausschuss zu, einen Bericht über die Kulturministerkonferenz im September 2005 in Bergen zur Verfügung zu stellen. Auf eine weitere Nachfrage führt er aus, das Verhältnis zu Kaliningrad scheine sich nicht so positiv zu entwickeln, wie es im Bericht erscheine. Es sei jedoch schwierig, Gesprächspartner vor Ort zu finden.

Abg. Franzen informiert den Ausschuss, dass sie nun Mitglied im Ausschuss für nachhaltige Entwicklung des Rates der Gemeinden und Regionen des Europarats sei. Dort gebe es eine Beschlusslage zur Einrichtung eines Zentrums für grenzüberschreitende Zusammenarbeit in St. Petersburg. Sie schlägt vor, über die Institution zu einem anderen Zeitpunkt zu berichten.

LP Kayenburg interessiert, ob es Möglichkeiten gebe, ein etwaiges privatwirtschaftliches Engagement im Baltikum von staatlicher Seite abzusichern, zum Beispiel durch Kredite, um ein Tätigwerden deutscher Unternehmen in dieser Region zu unterstützen.

M Döring führt aus, die baltischen Staaten seien im Allgemeinen sehr liquide. Man müsse zunächst feststellen, welche Hindernisse es gebe.

Abg. Fischer weist darauf hin, dass Handwerkskammern wenig im Hinblick auf die europäische Dimension betreut würden. Ihn interessiert, ob es Bereiche gebe, in denen das Handwerk stärker eingebunden werden könnte. – Abg. Dr. Klug weist darauf hin, dass es bereits Initiativen gebe. - M Döring führt aus, man führe Gespräche mit den Handwerkskammern, nicht jedoch im Bereich der Meerestechnologie. Er stellt dem Ausschuss Reisevermerke über seine Reise in die baltischen Staaten als Umdruck 16/984 zur Verfügung.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**„GRÜNBUCH - Die künftige Meerespolitik der EU: Eine europäische Vision für Ozeane und Meere“**

Umdruck 16/920

Berichterstatter: Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa

hierzu: Umdruck 16/982

M Döring führt aus, das Grünbuch Meerespolitik liege seit Anfang Juni vor und sei schon mehrfach diskutiert worden. Als Mitglied im Ausschuss der Regionen habe er ein Dokument erstellt (Umdruck 16/982), das im Dezember im Plenum des AdR verabschiedet werden solle. Man wolle eine möglichst breite Beteiligung erreichen, um der letztendlichen Schlussabstimmung mehr Gewicht zu verleihen. Er betont sein Interesse an einer Stellungnahme des Schleswig-Holsteinischen Landtags zu der Vorlage. Die Beratung der Stellungnahme im AdR finde im Oktober statt, die Möglichkeit sich einzubringen sei also insbesondere vor Oktober gegeben.

Im Grünbuch gebe es verschiedene Ansätze, zum Beispiel das Wohlergehen der Menschen in den Küstenregionen, die nachhaltige Nutzung der Meeresressourcen und die Wahrung der kulturellen Vielfalt. Das Konsultationsverfahren dauere bis Ende Juli 2007, der Bereich Ostsee werde am 20. und 21. September 2006 in einer Konferenz behandelt, die sehr hochrangig besetzt sei.

Auf Seite 3 des Arbeitspapiers seien einige wichtige Punkte in Reaktion auf das Grünbuch aufgeführt. Besondere Schwerpunkte seien dabei Untersuchungen über die positiven Auswirkungen von maritimen Wirtschaftsaktivitäten auf den europäischen Arbeitsmarkt, die Zusammenarbeit von Forschungsinstituten und eine Beschäftigung mit den bestehenden Finanzierungsinstrumenten. Bei dem letzten Punkt gehe es auch darum, die Fischereifinanzierung dahingehend zu optimieren, dass mehr Gewicht auf die Nachhaltigkeit gelegt werde, zudem sollten auch andere Wirtschaftszweige gefördert werden, zum Beispiel die Aquakultur. Ein weiteres wichtiges Thema sei die Entwicklung von Strategien gegen den steigenden Missbrauch der Ozeane zum Zweck des Menschenhandels.

Abg. Heinold weist darauf hin, dass schon zur Ostseeparlamentarierkonferenz eine einheitliche Stellungnahme sinnvoll sei. – Zu diesem Punkt führt Abg. Höfs aus, dass eine Endab-

stimmung in der gemeinsamen Sitzung mit dem Hamburger Europaausschuss am 30. August 2006 geplant sei.

LP Kayenburg bemerkt, dass eine Positionierung gut sei, aber erst bei der Ostseeparlamentarierkonferenz in Berlin im kommenden Jahr eine abschließende Stellungnahme erfolgen sollte.

Abg. Fischer weist darauf hin, dass bei der BSPC in Reykjavik das Thema Ozeane und Meere auf der Tagesordnung stehe, eine Stellungnahme aber erst in Berlin notwendig sei. Er halte eine Befassung im Landtag jedoch für sinnvoll.

Abg. Dr. Klug weist darauf hin, dass der Konsultationsprozess zum Grünbuch am 30. Juni 2007 zu Ende gehe, so dass eine Beschlussfassung in der Ostseeparlamentarierkonferenz in Berlin im August 2008 zu spät käme. - LP Kayenburg schlägt vor, dass der Landtag bis Januar 2007 eine Position erarbeite, weil die dann vom Extended Standing Committee beraten werden könne.

Abg. Franzen interessiert, ob die Resolution des IV. Parlamentsforums Südliche Ostsee, Drucksache 16/844, schon auf dem Weg nach Brüssel sei. – LP Kayenburg führt dazu aus die Resolution sei am 23. Mai 2006 an den zuständigen EU-Kommissar geschickt worden, etwas später auch an die finnische Ratspräsidentschaft.

Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Besetzung des Regionalrates**

Berichterstatter: Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa

M Döring verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Probleme, die es in der Vergangenheit auf dänischer Seite unter anderem durch die Regionalreform gegeben habe, nun ausgeräumt seien. Vonseiten der Landesregierung werde der Regionalrat weiterhin so behandelt wie bisher. St Dr. Schmidt-Elsaëber habe einen Beobachterstatus inne, man wolle aber nicht Mitglied des Regionalrats werden, weil es dann zu Interessenskonflikten kommen könnte.

Abg. Schlosser-Keichel führt aus, der neue Vertrag zur Struktur des Regionalrates, jetzt neu Regionalversammlung genannt, der jetzt ausgehandelt werde, sei durch die Kommunalreform in Dänemark notwendig geworden. Die Entwürfe seien bis zum 10. September 2006 zur Beratung bei den Vertragspartnern. Ein Grundsatzbeschluss bestehe darin, dass sich die neue Regionalversammlung deutlich auf 22 Mitglieder verkleinere. Am 1. Januar 2007 solle die neue Struktur in Kraft treten. Von dänischer Seite sei die Zusammensetzung schon beschlossen. Mitglieder sollten unter anderem der Vorsitzende des Regionsrats der neuen Region Syddanmark und ein Vertreter der deutschen Minderheit sein. Die deutsche Seite werde gebeten, eine ähnliche Zusammensetzung zu erreichen. Es sei auch der Wunsch nach Beteiligung der Landesregierung geäußert worden, obwohl diese dies ablehne. Künftig solle es darüber hinaus zwei Beobachter geben, ein Angebot an den Landtag zur Entsendung von Vertretern sei nicht mehr explizit Teil des Vertrags.

LP Kayenburg führt aus, seinen Informationen nach bestehe das Problem darin, dass die deutsche Seite noch keine Vertreter benannt habe. Er schlägt eine dahingehende Initiative der Landesregierung vor.

Abg. Dr. Klug weist darauf hin, dass seiner Ansicht nach die Schwierigkeit darin bestehe, dass die kommunalen Gebietskörperschaften zu viele Vertreter entsenden wollten und deshalb noch keine Einigung habe erzielt werden können.

Abg. Spoorendonk betont, dass die Reduzierung der Mitgliederzahl auch als Hinweis darauf zu verstehen sei, dass das Gremium kein Parlament sein wolle und legt Wert darauf, dass auch der Landtag einen Vertreter entsenden solle.



Abg. Fischer unterstützt diese Position, zeigt sich aber skeptisch, was die Einigung in den Kreisen angehe.

Abg. Spoorendonk legt dar, dass auch die Landesebene ein Interesse an der schnellen Einsatzfähigkeit des neuen Gremiums habe. Man plane die Einrichtung einer regionalen Entwicklungsagentur für den nördlichen Landesteil, die ein Standbein der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit darstellen solle.

Abg. Fischer weist auf die Regelung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in anderen Bundesländern hin, in denen es einen Beirat gebe, der sich ausschließlich mit den grenzüberschreitenden Kontakten des Landes befasse. Er schlägt vor, über eine neue Organisation nachzudenken.

Auf eine Frage von LP Kayenburg antwortet M Döring, die bisherigen INTERREG-Regionen hätten nicht aufrechterhalten werden können. Bei den neuen Gebietskulissen gebe es noch Probleme, vor allem mit der Zugehörigkeit des Kreises Plön. Insgesamt habe die dänische Seite vorgeschlagen, die Hauptverwaltung der Grenzregion außerhalb dieser Region in Dänemark einzurichten. Der Kompromiss laute nun, dass der formale Sitz dem dänischen Wunsch entsprechend eingerichtet werde, die Anlaufstelle für Bürger solle jedoch nach Flensburg kommen. Darüber hinaus solle es noch einen Informationspunkt in Rendsburg geben. Eine Verwaltungseinheit mit zwei Sitzen in unterschiedlichen Mitgliedsländern habe es bisher in der EU noch nicht gegeben, deshalb sei man gespannt auf das Votum aus Brüssel.

Abg. Schlosser-Keichel bestätigt, dass es im Regionalrat sehr kontroverse Diskussionen gegeben habe. Sie unterstreicht, dass der Landtag ebenso wie die Landesregierung eine Beobachterposition eingeräumt bekommen sollte.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**„Schleswig-Holstein in Europa: Wir nutzen unsere Chancen“  
Europapolitische Schwerpunkte der Landesregierung 2006  
- Europabericht 2006 -**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/641

(überwiesen am 24. März 2006 an den **Europaausschuss** und an alle übrigen  
Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Der Europabericht der Landesregierung wird vom Europaausschuss einstimmig abschließend zur Kenntnis genommen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**EU-Verfassung**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/716

(überwiesen am 3. Mai 2006 zur abschließenden Beratung)

Abg. Höfs weist auf die Planungen des Europaausschusses hin, im Herbst eine Veranstaltung gemeinsam mit der Europa-Union zum Thema EU-Verfassung durchzuführen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht abschließend zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Schutz und Förderung der anerkannten nationalen Minderheiten**

Antrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 16/643 (neu)

(überwiesen am 22. März 2006 an den **Europaausschuss** und den Bildungsausschuss)

Abg. Spoorendonk legt den Hintergrund des SSW-Antrags dar.

Abg. Fischer führt aus, es sei ein guter Kompromiss, den Beschluss der letzten Legislaturperiode zu bekräftigen, er sehe die Chancen für das Erreichen einer Zweidrittelmehrheit allerdings als gering an.

Abg. Spoorendonk bemerkt, es sei erstrebenswert, bestätigende Aussagen von Regierungsmitgliedern der Bundesregierung oder von Abgeordneten des Bundestags zu erhalten.

Der Europaausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, den Antrag der Abgeordneten des SSW zu Schutz und Förderung der anerkannten nationalen Minderheiten, Drucksache 16/643 (neu), anzunehmen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

**Programme für Bildung und Jugend der Europäischen Union**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/712

(überwiesen am 4. Mai 2006 an den **Europaausschuss**, den Bildungsausschuss  
und den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung)

Den Bericht der Landesregierung nimmt der Europaausschuss im Einvernehmen mit dem beteiligten Bildungs- und dem Sozialausschuss einstimmig zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes über die Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung (Parlamentsinformationsgesetz - PIG)**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und SPD  
Drucksache 16/657

(überwiesen am 22. März 2006 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Europaausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/727, 16/730, 16/731, 16/735, 16/825, 16/828, 16/838, 16/986

Zum Parlamentsinformationsgesetz führt Abg. Fischer aus, dieses Gesetz betreffe den Europaausschuss in zwei Punkten. Er schlägt eine geänderte Fassung (Umdruck 16/986) vor, die auch die Änderungsvorschläge des Wissenschaftlichen Dienstes (Umdruck 16/838) enthalte und dafür Sorge, dass der Europaausschuss bei europapolitischen Themen stärker in die parlamentarischen Beratungen eingebunden werde.

LP Kayenburg interessiert, ob die SPD-Fraktion zu diesem Komplex zugestimmt habe und verweist auf eine Diskussion im Ältestenrat. Er merkt kritisch an, dass sehr viele Themen europapolitischen Bezug hätten und stellt die Frage in den Raum, ob dies nicht zu einer Überbelastung des Ausschusses führen könne.

Diese Bedenken teilt auch Abg. Dr. Klug, der ebenfalls der Ansicht ist, dass der Europaausschuss fachspezifische Beratungen zu vielen Themen nicht leisten können.

Zur Änderung der Geschäftsordnung zeigt sich Abg. Fischer offen gegenüber anderen Vorschlägen, möchte aber sichergestellt wissen, dass eine Regelung im Hinblick auf Mitbeteiligung des Europaausschusses getroffen werde.

Abg. Fischer weist darauf hin, dass es eilbedürftige Themen gebe, an denen der Europaausschuss weder federführend noch mitberatend beteiligt werde. In diesen Fällen sei der Europaausschuss außen vor. Er betont, es gehe nicht um eine Sonderrolle des Europaausschusses und verweist noch einmal auf die Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes (Umdruck 16/838).

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss die Annahme des Gesetzentwurfs der Fraktionen von CDU und SPD, Drucksache 16/657, mit der unter Buchstabe A. des Änderungsantrags, Umdruck 16/986, vorgeschlagenen Änderung zu empfehlen. Die unter B. vorgeschlagene Änderung des Umdrucks 16/986 empfiehlt er dem Innen- und Rechtsausschuss zur Überprüfung.

Punkt 11 der Tagesordnung:

**Bericht zum Verbraucherschutz**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/770

(überwiesen am 31. Mai 2006 an den **Sozialausschuss**, den Wirtschaftsausschuss, den Europaausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden Beratung)

Den Bericht der Landesregierung zum Verbraucherschutz, Drucksache 16/770, nimmt der Ausschuss einstimmig abschließend zur Kenntnis.



Punkt 12 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Die Vorsitzende informiert über den Entwurf der Tagesordnung für die gemeinsame Sitzung mit dem Europaausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft.

Sie schlägt dem Ausschuss außerdem vor, das Thema „Virtueller Campus Lübeck“ noch in diesem Jahr auf die Tagesordnung zu nehmen und informiert über eine Einladung des Ausschusses für internationale Zusammenarbeit aus Westpommern. Dazu macht sie den Vorschlag, diese Einladung für das Frühjahr des kommenden Jahres anzunehmen.

Abg. Fischer berichtet, dass der Vorsitzende des Europaausschusses der Nordelbischen Kirche, Herr von der Goltz, im Ausschuss über die Arbeit der Nordelbischen Kirche in Kaliningrad berichten möchte. Darüber hinaus befürworte er die Anregung, eine gemeinsame Sitzung des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages mit dem Europaausschuss der Nordelbischen Kirche durchzuführen.

Auf eine Nachfrage von Abg. Spoorendonk führt AL Musiolik aus, im Juni 2006 seien zwei zentrale Ansprechstellen für Grenzpendler in den Finanzämtern Flensburg und Lübeck eingerichtet worden.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, schließt die Sitzung um 12:10 Uhr.

gez. A. Höfs  
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder  
Geschäfts- und Protokollführerin

**Anlage 1**

**Ostseeparlamentarierkonferenz vom 3. – 5. September 2006 in Reykjavik – Stand der Vorbereitungen**

**Bericht**

**von Landtagspräsident Martin Kayenburg**

**vor dem Europaausschuss**

**am 5. Juli 2006**

Sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren,

der Europaausschuss befasst sich heute mit den **Aktivitäten der Ostseeparlamentarierkonferenz**, dem **Ostseebericht der Landesregierung** und dem **Grünbuch zur künftigen EU-Meerpolitik**. Diese thematische Konzentration verdeutlicht: Die Regierungen und die Parlamente im Ostseeraum verfolgen gemeinsam mit der Europäischen Kommission das Ziel, die **europäische Führungsrolle** bei der **nachhaltigen Nutzung** und dem **nachhaltigen Schutz der Meere** zu sichern und die Ostsee zu einer Modellregion für eine integrierte europäische Meerpolitik auszubauen. Wir wollen gemeinsam einen Beitrag dazu leisten, Europa wettbewerbsfähig zu machen und setzen dabei vor allem auf Innovation und Forschung.

Angesichts der aktuellen Bedeutung dieses Themas überrascht es nicht, dass **Island** als Gastgeber der **15. Ostseeparlamentarierkonferenz** (BSPC) und als Inhaber des Vorsitzes im Ostseerat (CBSS) die **maritime Politik** an herausgehobener Stelle auf die Tagesordnung in Reykjavik gesetzt hat.

Die optimale Nutzung des Lebensraums Meer ist eine Zukunftsvision. Aber es ist auch eine konkrete und reale Notwendigkeit: Tatsächlich wis-

sen wir mehr von der Mondoberfläche als von den Tiefen der Ozeane. Bis zum Ende des Jahrzehnts wollen Meeresforscher sämtliches Leben in den Ozeanen erfassen. Im wahrsten Sinne des Wortes „eine Fahrt ins Blaue“.

Die Bekämpfung der marinen **Umweltverschmutzung**, den Wiederaufbau der sinkenden **Fischbestände** ebenso wie die Gewährleistung der Sicherheit **auf den Meeren und in den Häfen** sind von den einzelnen Mitgliedstaaten nicht zu bewältigen. Ölteppiche machen weder vor den EU-Außengrenzen noch vor den nationalen Grenzen Halt. Wir benötigen einen politischen Rahmen, der die Notwendigkeit einer integrierten und umfassend angelegten Meerpolitik auf allen Ebenen fördert.

Um mit den Worten von Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso zu sprechen: „Wir brauchen mehr Kooperation, mehr Koordination und mehr Kohärenz. Und genau das kann eine Integrierte Europäische Meerpolitik leisten.“

Die **Europäische Kommission** hat in ihren strategischen Zielen

2005-2009 ausdrücklich eine **maritime Politik** gefordert, die das **volle Potenzial** aller auf das Meer bezogener Aktivitäten ausschöpfen kann. Mit dem Anfang Juni vorgelegten Grünbuch legt die EU-Kommission ihre Vorstellungen zu diesem neuen Politikfeld dar und stellt sie öffentlich zur

Diskussion. Ihrer Initiative, Herr Minister Döring, ist es zu verdanken, dass die **Landesregierung** im Rahmen des europäischen Konsultationsprozesses **Gastgeber** der Regionalkonferenz für den Ostseeraum am 20. und 21. September 2006 sein wird.

Sowohl die **Ostseeparlamentarierkonferenz** als auch das **Parlamentsforum Südliche Ostsee** werden ihre Positionen zur EU-Meerespolitik in diese Konferenz einbringen.

Die Ostseeparlamentarierkonferenz hat sich in der Vergangenheit intensiv mit dem Thema **Schiffssicherheit** befasst und eine Vorreiterrolle in der Diskussion eingenommen. Die HELCOM hat der Ostseeparlamentarierkonferenz daraufhin einen **Beobachterstatus** eingeräumt. Damit ist sichergestellt, dass die BSPC in die laufende Diskussion eingebunden ist und auf dieser Grundlage weiterhin politisch initiativ werden kann.

Im Rahmen ihres diesjährigen Arbeitsprogramms verfolgt die BSPC das Thema maritime Politik konsequent weiter. Die Schiffssicherheit war der Auftakt, die BSPC-Arbeitsgruppe „**Eutrophierung der Ostsee**“ ist die Fortsetzung und das weite Themenfeld der Integrierten Europäischen Meerespolitik die Vertiefung für eine regionale Meeresstrategie im Ostseeraum.

Die **Eutrophierung** der Ostsee stellt ohne Zweifel eine ernste Bedrohung für die Umwelt dar, die nur im Zusammenwirken aller Anrainerstaaten vermindert werden kann. Dieses Erkenntnis hat den Ständigen Ausschuss der BSPPC veranlasst, auf **Vorschlag** des **Nordischen Rates** eine **Arbeitsgruppe zur Eutrophierung** einzusetzen.

Die Arbeitsgruppe hat sich im Januar dieses Jahres konstituiert und den Regierungen der Ostseeanrainerstaaten einen Fragebogen für Maßnahmen zur Verminderung der Eutrophierung der Ostsee zugestellt. Seitens des Schleswig-Holsteinischen Landtages ist der umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Herr Axel Bernstein, in der Arbeitsgruppe vertreten. Herr Bernstein hat sich freundlicherweise bereit erklärt, dem Europaausschuss über die bisherigen Aktivitäten der Arbeitsgruppe zu berichten und dabei auf die Antworten der Landesregierung zu dem Fragenkatalog einzugehen.

Herr Asmund Kristoffersson, Abgeordneter des norwegischen Storting und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Eutrophierung, wird der Ostseeparlamentarierkonferenz in **Reykjavik** einen **Zwischenbericht** geben.

Die endgültigen **Ergebnisse** der Arbeitsgruppe Eutrophierung werden dann auf der **16. BSPPC** am 27. und 28. August 2007 in Berlin vorgestellt werden.

Das **4. Parlamentsforum Südliche Ostsee** in Kiel hat sich bereits im Vorfeld der diesjährigen Ostseeparlamentarierkonferenz intensiv mit der EU-Meerespolitik befasst und hierzu eine umfangreiche und fundierte Schlussresolution verabschiedet. Ich habe mit Frau Präsidentin **Bretschneider** – sie nimmt im Auftrag der BSPC gemeinsam mit dem dänischen Folketingabgeordneten Ole Stavad die **Beobachterrolle** in der **HELCOM** wahr - vereinbart, dass Mecklenburg-Vorpommern wesentliche Elemente aus dem **Kieler Dokument** in den **Entwurf der Schlussresolution** für die 15. Ostseeparlamentarierkonferenz in Reykjavik einbringt. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat vor wenigen Tagen einen entsprechenden Formulierungsvorschlag verabschiedet und an die Vorsitzende des Ständigen Ausschusses der BSPC weitergeleitet.

Die finnische EU-Ratspräsidentschaft wird gleich zu Beginn ihrer Amtszeit zu einer Konsultationskonferenz über das Grünbuch zur EU-Meerespolitik vom 19. – 21. Juli nach Turku einladen. Aus meiner Sicht sollte der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses bzw. die Vorsitzende des Europaausschusses für den Schleswig-Holsteinischen Landtag an dieser wichtigen Konferenz teilnehmen. Die Ostseeanrainerstaaten schwimmen offensichtlich ganz oben auf der maritimen Welle und machen Ernst mit dem Vorhaben, die Ostsee zu einer maritimen Modellregion zu entwickeln.

Das Stichwort „**finnische EU-Ratspräsidentschaft**“ leitet zugleich zu dem zweiten Schwerpunktthema der 15. BSPP in Reykjavik und damit zur **Politik der Nördlichen Dimension** über. Finnland hat mit 1300 Kilometern von allen EU-Staaten die längste Grenze zu Russland. Entsprechend verlagert sich das Interesse des neuen EU-Ratsvorsitzes nach Norden und vor allem nach Osten. Finnland betont in seiner Agenda die **Entwicklung des EU-Russland-Dialogs** und die **Nördliche Dimension** als **gemeinsame Politik zwischen den Partnern EU, Russland, Norwegen und Island**. Mit der Initiative für eine Neuausrichtung der Nördlichen Dimension der EU ab 2007 hat Finnland ein weiteres Mal das Interesse der EU auf die regionale Kooperation mit Russland gelenkt.

Beim EU-Russland-Gipfel in Moskau im Mai 2005 wurden Maßnahmenbündel (road maps) zur Umsetzung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens vereinbart. Diese erstrecken sich auf

- den gemeinsamen Wirtschaftsraum,
- den gemeinsamen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts,
- den gemeinsamen Raum der Äußeren Sicherheit und Stabilität sowie
- den gemeinsamen Bildungs-, Forschungs- und Kulturraum.

Die Umsetzung der Maßnahmen soll aus dem Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI) gefördert werden, das



2007 an die Stelle des seit 1991 laufenden TACIS- Programms der EU treten soll.

Die spezifische Situation des **Kaliningrader Oblast** stellt unverändert eine besondere Herausforderung für die EU, Russland und die Ostsee-kooperation dar. Der neue Vorsitzende der **Kaliningrader Gebietsduma**, Sergey Bulychev, war sowohl zum Parlamentsforum Südliche Ostsee als auch zur Kieler Woche bei uns zu Gast. In den Gesprächen mit Herr Bulychev wurde deutlich, dass Kaliningrad im Rahmen der **Parlamentpartnerschaft** insbesondere an **substantiellen Projekten** im Bereich der **Wirtschaftspolitik** interessiert ist.

Die Abgeordneten Manfred Ritzek und Günter Neugebauer werden Ende August in Kaliningrad Gespräche mit den Dumaabgeordneten und der Gebietsverwaltung führen und dabei auch zukünftige Schwerpunkte unserer bilateralen Parlamentpartnerschaft ausloten. Für diese Mission, Herr Ritzek, wünsche ich Ihnen und dem Kollegen Neugebauer einen guten und erfolgreichen Verlauf. Nach Ihrer Rückkehr sollten wir auf der Grundlage eines Erfahrungsberichts gemeinsam mit den zuständigen Ausschüssen weitere konkrete Schritte planen. Ich rege an, bei der Zusammenarbeit mit Kaliningrad mögliche Synergien mit dem Nordischen Rat und der Ostseeparlamentarierkonferenz zu prüfen

Die Beziehungen zu **Kaliningrad** sind ebenfalls ein **Schwerpunktthema** des diesjährigen Arbeitsprogramms der **BSPC**. Kent Olsson, Mitglied des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz und Abgeordneter des Schwedischen Reichstages, ist als Berichterstatter federführend bei diesem Thema. Ich gehe davon aus, dass Sie, Herr Ritzek, Gelegenheit haben werden, sich am Rande der Konferenz in Reykjavik mit Herrn Olsson über etwaige gemeinsame Vorhaben im Zusammenhang mit Kaliningrad auszutauschen.

So weit die Erläuterungen zu den inhaltlichen Programmschwerpunkten der 15. BSPC in Reykjavik.

Der Ständige Ausschuss der BSPC gibt sich neuerdings ein jährliches Arbeitsprogramm. Dies geht zurück auf die anlässlich der 14. BSPC in Vilnius **geänderte Geschäftsordnung**. Die Neuerungen haben übrigens zu einem großen Teil ihre Grundlage in den Ergebnissen eines Workshops der deutschen BSPC-Teilnehmer unter Federführung von Schleswig-Holstein im Dezember 2004 hier in Kiel. Wir haben seinerzeit den Weg vorgezeichnet, und die anderen sind gefolgt. Schleswig-Holstein war insoweit Motor dieser Entwicklung.

Unter dem aktuellen isländischen BSPC-Vorsitz (August 2005 – September 2006) hat der Ständige Ausschuss die Themen **Integrierte Europäische Meerespolitik, Demokratie, Nördliche Dimension, Europä-**

**ische Nachbarschaftspolitik** und **Kaliningrad, Stärkung der Bürgergesellschaft** sowie **Infrastrukturvorhaben** in den Bereichen **Energie und Verkehr** in das **Arbeitsprogramm 2005 / 2006** aufgenommen. Er konzentriert sich dabei auf parlamentarische Kernkompetenzen und vertieft die jeweiligen Themen in Arbeitsgruppen bzw. nutzt die in den Parlamenten vorhandenen Arbeitsstrukturen in Gestalt der Ausschüsse.

Über erste Zwischenergebnisse wird die Vorsitzende des Ständigen Ausschusses, Frau Arja Alho, in Reykjavik berichten. Als Teilnehmer der Ostseeparlamentarierkonferenz sind die einzelnen Parlamente gefordert, dem parlamentarischen Netzwerk Profil zu verleihen. Wir sollten unsere Initiativen und Arbeitsergebnisse aus den Ausschüssen in die Arbeit der BSPC einbringen. Nur so erhält sie den fachlichen Unterbau durch die vorhandenen Parlamentsausschüsse und den politischen Rückhalt, den sie braucht. Auch das war übrigens eine zentrale Forderung des erwähnten Kieler Workshops: wir brauchen **keine neuen Gremien** und keine neuen Instrumente, sondern wir müssen die vorhandenen nutzen und in die internationale Arbeit integrieren.

In der **Geschäftsordnung** wurde ebenfalls neu geregelt, dass der Ständige Ausschuss der Ostseeparlamentarierkonferenz zweimal im Jahr in erweiterter Form zusammentritt (**Extended Standing Committee**). In diesem Gremium ist jedes an der Ostseekooperation teilnehmende Parlament mit einem Mitglied vertreten. Das neue Gremium hat die Aufgaben, die **Redaktion der Schlussresolution** der jeweiligen Jahreskonfe-

renz zu übernehmen und gemeinsam mit dem amtierenden CBSS-Vorsitz für die Umsetzung der Resolution Sorge zu tragen.

Damit gibt die Neufassung der Geschäftsordnung die Chance, den Wirkungsgrad der BSPC in zweifacher Hinsicht zu verbessern: durch eine breit angelegte Partizipation in den eigenen Reihen und durch einen **engen Schulterschluss** mit dem **Ostseerat**.

Der erweiterte Ständige Ausschuss ist erstmalig im Januar 2006 zusammengetreten, um den Vorschlag der Europäischen Union zur Weiterentwicklung der Politik der Nördlichen Dimension zu diskutieren. Die EU, die Russische Föderation, Norwegen und Island werden sich voraussichtlich im 2. Halbjahr 2006 auf eine gemeinsame politische Erklärung zur Nördlichen Dimension verständigen und einen Handlungsrahmen verabschieden, der im Jahr 2007 in Kraft treten soll.

Der erweiterte Ständige Ausschuss plädiert für eine **Beteiligung der Parlamente** an dem Prozess zur **Weiterentwicklung der Nördlichen Dimension** und versteht sich selbst als Diskussionsforum für die Begleitung dieses Prozesses. Er fordert eine **Fortsetzung** der partnerschaftlichen Zusammenarbeit bei **Umwelt, Gesundheit und Wohlfahrt** und schlägt vor, diese Instrumente auf andere Bereiche wie z. B. **Transport und Infrastruktursektor** zu übertragen.

Bei den so genannten **Northern-Dimension-Partnerschaften** handelt es sich um **gesonderte Fonds**, aus denen Projekte mit Hilfe von Finanzmitteln dritter Staaten oder Internationaler Finanzinstitutionen gefördert werden sollen. Im Kern sollen zusätzliche und so genannte „intelligente Finanzierungsquellen“ erschlossen werden.

Besonderes Augenmerk sollte nach dem Willen der Parlamentarier auch auf die **Arktische** und die **Barentsregion** gelegt werden.

Der Erweiterte Ständige Ausschuss hat vor diesem Hintergrund an die EU appelliert, ausreichend **Experten** und **finanzielle Unterstützung** für eine erfolgreiche **Weiterentwicklung der Nördlichen Dimension** zur Verfügung zu stellen. Mit diesem Arbeitsergebnis hat der Erweiterte Ständige Ausschuss bereits wichtige Hinweise gegeben, die die BSPC-Konferenz auf Island aufnehmen und vertiefen wird.

Die Änderung der Geschäftsordnung hat nicht nur zu inhaltlichen, sondern auch zu **finanziellen Konsequenzen** geführt. Der Nordische Rat hat bisher das BSPC-Sekretariat vollständig aus eigenen Mitteln finanziert. In Zukunft werden die Teilnehmer der BSPC ihren Anteil leisten müssen. Aktuell liegt der Vorschlag auf dem Tisch, dass die größeren Länder jeweils rund 10 500 € jährlich zahlen, während auf die kleineren Länder rund 3 500 € und auf die Regionen rund 2 300 € jährlich entfallen. Hamburg, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern haben bereits ihre Zustimmung signalisiert. Ich schlage vor, dass wir uns diesem Votum anschließen. Eine Entscheidung des Deutschen Bundestages steht noch

aus und wird voraussichtlich erst im September nach der Konferenz in Reykjavik getroffen werden.

So weit mein Bericht. Er hat deutlich gemacht, dass es vielfache Bezüge zwischen den Aktivitäten der Ostseeparlamentarierkonferenz und den Themen gibt, mit denen sich der Schleswig-Holsteinische Landtag befasst. Es ist an uns, diese Vorarbeiten zur Vorbereitung auf Reykjavik zu nutzen.